



# Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr für 1924 1,90 Mark. ...

Das Volksblatt\* erscheint jeden Werktag, Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Wolk und Welt“.

## Der Auftakt in London.

### Die heutige Tagesordnung.

Konfirmierung, Festlegung des Programms und der Tageszeiten. • Auflassung in Kommissionen.

London, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der französische Ministerpräsident ist am Dienstagnachmittag um 5 Uhr auf dem Victoriabahnhof im Sonberzug eingetroffen.

London, 16. Juli. (Radiobehricht.)

Die Ankunft des französischen Ministerpräsidenten in London erfolgte nicht entsprechend der Ankündigung in Begleitung des Generals Foch. Dagegen ist dessen Generalfeldmarschall mit einem größeren militärischen Stabe für den Fall mit nach London gereist, daß auf der Konferenz die Sicherheitsfrage und militärische Probleme angedenkt werden sollten.

eine internationalisierte Konferenz statt, bis eine Einigung ohne Deutschland erzielt sei. Nachdem dann den alliierten Regierungen die Möglichkeit der parlamentarischen Verhandlung gegeben worden ist, soll in einer kleinen Konferenz ein Einverständnis mit Deutschland, das die Bestimmungen des Dawes-Planes durchgeführt haben soll, erzielt werden.

### Die Eröffnung der Konferenz.

Im Botschaftersaal des Auswärtigen Amtes. • Die Hauptdelegierten.

London, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Sämtliche Delegationen für die internationalisierte Konferenz waren bis Dienstag nachmittag in London eingetroffen. Die Eröffnung der Konferenz wird im Botschaftersaal des Auswärtigen Amtes stattfinden. Die Delegierten mit ihren Sachverständigen und Sekretären bilden eine Gesellschaft von weit mehr als 100 Personen, die für die Dauer der Konferenz Gäste der britischen Regierung sind.

### Pariser Vorwort zur Londoner Konferenz

„Ein magerer Vergleich besser als ein Bankerrott.“

Paris, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Einstellung der französischen Parliamentsmehrheit zu der Londoner Konferenz dürfte ziemlich genau „Paris Spitz“ wiederholen, wenn er schreibt: „Nur nicht ist in dem Dawes-Plan endlich ein annehmbarer Kompromiß erreicht worden, das unter seinen Umständen auf Spiel gesetzt werden dürfte.“

### Wann beginnt die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens?

Eine Entscheidung der Reparationskommission. • Der abgewandte englische Standpunkt. • Der Industrievollzugsentwurf fertiggestellt.

Paris, 16. Juli. (Radiobehricht.)

In der englisch-französischen Note vom 9. Juli war der Reparationskommission die Aufgabe zugewiesen worden, der Londoner Konferenz genaue Vorläufe für die Aufstellung eines Programms zu unterbreiten, nach dem die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit erfolgen solle, sobald die Reparationskommission fertiggestellt werden würde, doch der Entwurf von Deutschland in Wirklichkeit gefestigt worden sei.

1. Konfirmierung der deutschen Galustenbank.
2. Gründung der Gesellschaft zum Betrieb der deutschen Eisenbahnen.
3. Organisation der Industrievollzugsobligationen.
4. Hebergabe der Eisenbahn- und Industrievollzugsobligationen an den von der Reparationskommission zu ernennenden Treuhänder.

Die Entscheidung der 800-Millionen-Anleihe Aussehender der letzte Punkt scheint innerhalb der Kommission Anlaß zu sehr lebhafter Diskussion gewesen zu sein. Der englische Delegierte vertritt den Standpunkt, daß mit der Unterbringung der internationalen Anleihe nicht zu rechnen sei, wenn nicht zuvor die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt sei.

### Englisches Rätselraten.

Günstige Bedingungen für Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe. • Einladung Deutschlands nur zu einer Sonder-Konferenz?

London, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem die Unterhaus-Debatte am Montag keinerlei Klarheit über die Absichten des Sachverständigenrats gebracht hat, stellt die englische Presse am Dienstag ein Bild aller in einem Rätselratens dar. Voraussichtlich wird von englischer oder amerikanischer Seite der Sachverständigenplan unmittelbar an die Spitze der Verhandlungen gestellt werden, da insbesondere darauf hingewiesen wird, daß auch die 800-Millionen-Anleihe nicht aufzubringen sei.

### „Agent für die Reparationszahlungen.“

Paris, 16. Juli. (Radiobehricht.)

Der amerikanische Finanzmann Owen D. Young, der America im Sachverständigenauschuß Dawes betriebe hat und der gegenwärtig zur Teilnahme an der internationalen Konferenz in London weil, hat sich bereit erklärt, den im Sachverständigenauschuß nachgelassenen Posten eines „Agenten für die Reparationszahlungen“ zu übernehmen.

## Fascistische Regierungsmethoden.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Nur kaum drei Wochen hat Mussolini dem Senat versprochen, alles zu tun, um das Land wieder normalen Rechtsverhältnissen zu überführen. Dieses Versprechen allein hätte nach seiner Ansicht der Opposition genügen müssen, um ihre Weigerung der parlamentarischen Mitarbeit aufzugeben. Die vereinigte Opposition, der alle nichtfascistischen Parteien Italiens angehören, war aber der Ansicht, daß man zunächst Latenzen sehen müsse, ehe man sich zu einer Mitarbeit bereit, die zum minderen einen gleichen Rechtsboden voraussetzt. Bei dem heutigen Rechtsstand in Italien ist der Parlamentarismus etwas Anarchistisches. Solange die Rechtsverhältnisse nicht bezarrt sind, daß sie den Gegnern der Regierung die Ausübung des Parlamentarismus ermöglichten, ohne daß sie ihr Leben dafür auf Spiel setzen müssen, bleibt von der Volkserhebung nichts als die äußere Schale. In Erkenntnis dieser Tatsache hat Mussolini die Kammer bis 9. November nach Hause geschickt. Welche Funktion kam aus ein Parlament haben, dessen Weisheit mit Gewalt im Leben gewährt wurde, während die Weisheit ihres Lebens innerhalb und außerhalb der Kammer nicht fehlte, ist doch die Regierung festsetzt? Das war der erste Schritt zur Demokratisierung, dann kam die Ernennung von 3 neuen Ministern und 14 Unterstaatssekretären und folgte als Krönung des Normalisierungsprozesses des Ministerpräsidenten: die Aufhebung der Pressezensur.

Der Anhebungsentwurf ist vor genau einem Jahr ausgeteilt worden, aber damals wagte man nicht, ihn anzuwenden. In der letzten Kammerperiode hat sich Mussolini noch geteilt, ohne Weisheit der Pressefreiheit ausgenommen zu sein. Das jetzt in Kraft getretene Gesetz, das auf dem Verordnungswege ein durch die Staatsverwaltung sanktioniertes Recht erteilt, soll formal nichts anderes enthalten als die Ausübungsbefugnisse zum Verbot vom Jahre 1918. Offenbar hat man in den 70 Jahren, die zwischen ins Land gegangen sind, keine großen Fortschritte über den Begriff von Würde und Freiheit der Presse gemacht. Das neue Gesetz umgeht die richterliche Gewalt, die der Garantie der Bürgerrechte normalerweise anvertraut sein sollte, vollständig. Er gibt dem Befehlten, dem Vertreter des Ministeriums des Innern in den Provinzen, also dem Vertreter der Exekutivgewalt, das Recht, einer Zeitung die Anerkennung ihres verantwortlichen Redakteurs zu verweigern und ihr dadurch das weitere Existieren unmöglich zu machen. Der Präfeld kann zu dieser Maßnahme schreiben, wenn eine periodische Veröffentlichung, durch falsche oder tendenziöse Nachrichten der bismarckischen Ära, das nationale Ansehen im Ausland bzw. Ausland läßt, unbedingte Verurteilung in der Bevölkerung hervorruft oder in irgendeiner Weise die öffentliche Ordnung stört. Weiter droht das Strafgesetzbuch dem Verfasser, das durch Artikel, Kommentare, Notizen, Titel, Illustrationen oder Artikeluren anreizt zum Vergehen von Verbrechen oder zum Mordanschlag, oder zur Nichtbefolgung der Gesetze und der behördlichen Verordnungen, oder die Interessen fremder Staaten, Gesellschaften oder Privatpersonen zum Schaden italienischer Interessen gefährdet oder das Vaterland, den Staat, die kaiserliche Familie, den Staat, die Staatsverträge, die italienischen Institutionen und Behörden beleidigt und herabsetzt. Der Präfeld hört nur die bestmögliche Stimme einer Kommission, die aus einem Richter, einem Staatsanwalt und einem Vertreter des totalen Presseverbandes zusammengekehrt ist, und schreibt dann gegen das schuldige Blatt ein, indem er es verurteilt. Bei zweimaliger Verurteilung in einem Jahre kann der Präfeld dem verantwortlichen Redakteur des Blattes die weitere Ausübung seiner Funktion verbieten und es abbrechen, einen neuen anzusetzen. Die Zeitung ohne verantwortlichen Redakteur erscheinen kann, ist für die Zeitung abgetan. Es klingt wie ein solches Verbot, daß man gegen die Verurteilung des Präfeldens an — das Ministerium kommt nur im Falle der Kompetenzübertragung und formeller Fehler in Betracht.

Die Frage ist nun, ob das neue Gesetz gehandhabt werden wird als eine neue Waffe, die die fascistische Regierung gegen das Land gegen die Weisheit brandet, oder als eine Waffe Mussolinis gegen seine eigene Partei. Wenn man in dem heutigen Italien die Gesetze macht, um sie ohne Ansehen der Person anzuwenden, so würde die Antwort nicht einen Augenblick zweifelnhaft sein. Ein einziges solches Verbot könnte auch nur eine Woche lang erscheinen, wenn man das Gesetz an es anwendet. Es ist schon Tag für Tag von Verurteilungen zum Verbrechen. Ein fascistisches Organ der Provinz Lecce, „Il Nuovo Solento“, schrieb zum Beispiel erst in diesen Tagen, daß die Anwesenheit Mussolinis in der Kammer schon eine Provokation war. Man hätte gut getan, ihn während des Krieges anzuweisen, weil er ein Gegner des Krieges war. Jeder politische Verfeiler der fascistischen Presse findet übrigens auch in die entsetzliche Erwählung: Wir haben Waffen, wir haben 300.000 Schwerwaffen, die wir auf das Land loslassen, sobald es sich nicht ändert.

Vielles spricht dafür, daß die Regierung es darauf anlegt, die Opposition zum Ausschließen zu treiben. Als eine Vorbereitung auf diesem Neuzugriff wird vielfach die Aufhebung der Gesetze zu denken, die in diesen Tagen, dem römischen „Mondo“ zufolge, an Reichstagen befohlen wurden, die außerhalb der Weisheit zum Ankommen mit diesen Vorbereitungen dürfte auch die An-













